

Antrag K-04
UB Duisburg**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Der Landesparteitag möge beschließen:****Bauliche Kriminalprävention als genehmigungsrelevante Vorgabe im Baurecht**

1 Die SPD setzt sich auf Landesebene dafür ein, Maß-
2 nahmen der baulichen Kriminalprävention als genehmi-
3 gungsrelevante Vorgabe für wohnungswirtschaftliche
4 Baumaßnahmen in den entsprechenden Gesetzen zu
5 verankern.

6

7 Begründung

8

9 Obwohl seit 2016 ein Rückgang der registrierten Woh-
10 nungseinbruchdiebstähle zu verzeichnen ist, stellt das
11 noch immer hohe Fallzahlenaufkommen die Sicher-
12 heitsbehörden vor große Herausforderungen. Durch-
13 schnittlich wurden in Deutschland im Jahr 2017 täglich
14 319 Wohnungseinbruchdiebstähle verübt. Besonders fa-
15 tal daran ist, dass die Polizei gerade einmal etwa 15% der
16 Fälle aufklären kann; durchschnittlich liegt die Aufklä-
17 rungsquote über alle Delikte mit 54,9 Prozent wesent-
18 lich höher.

19

20 Wohnungseinbrüche bedeuten auch einen immensen
21 wirtschaftlichen Schaden. Laut Angaben des Gesamt-
22 verbands der Deutschen Versicherungswirtschaft wur-
23 den deutschen Versicherern 2015 rund 160.000 versich-
24 erte Wohnungseinbrüche gemeldet. Damit erreichte
25 die Zahl der versicherten Einbrüche den höchsten Stand
26 seit 2003. Für diese Einbrüche leistete die Branche eine
27 Rekordschadenersatzsumme von 530 Millionen Euro an
28 ihre Kunden.

29

30 Nicht bezifferbar hingegen sind die emotionalen und
31 psychischen Schäden von Betroffenen bzw. Opfern. Vie-
32 le Opfer schildern immer wieder, dass sie nachhaltig un-
33 ter dem Eindringen in die Privatsphäre bzw. dem Gefühl
34 permanenter Verletzlichkeit leiden und sich nach der
35 Konfrontation mit einer solchen Tat in ihrem geschütz-
36 testen Bereich wohl fühlen.

37

38 Mit zusätzlichen Sicherungen für Fenster und Türen so-
39 wie mit Alarmanlagen könnten viele der Wohnungsein-
40 brüche verhindert oder eingedämmt werden. Hierbei
41 spielt vor allem der Schutz gegen Aufhebeln eine wichti-
42 ge Rolle, um einen Einbruch zu verhindern. Hebeltechni-
43 ken wurden in 56 Prozent aller untersuchten Einbrüche
44 durch die Haus- und Wohnungstüren angewendet. Mit
45 57 Prozent liegt der Anteil der Hebeltechniken bei Ein-
46 brüchen durch Fenster auf einem ähnlich hohen Niveau.
47 Hier rangieren fehlende Sicherungen an den Dreh-Kipp-

48 Mechaniken mit 15,1 Prozent auf dem zweiten Platz.
49 Professionelle Einbruchmeldeanlagen mit Aufschaltung
50 auf eine Notruf- und Serviceleitstelle (NSL) können mit-
51 tels Fernüberwachung eine unmittelbare Beurteilung
52 der Situation vor Ort, sowie eine frühzeitige Benachrich-
53 tigung der Polizei gewährleisten.

54

55 Die bei der Polizei eingerichteten kriminalpräventiven
56 Beratungsstellen haben ohne Zweifel in der Vergangen-
57 heit in diesem Bereich hervorragende Aufklärungs- und
58 Beratungsarbeit geleistet und sicherlich einen nicht un-
59 wesentlichen Anteil daran, dass die Fallzahlen rückläufig
60 sind. Auch sind zwischenzeitlich staatliche Förderpro-
61 gramme zum Einbruchschutz durch die KfW gestartet
62 worden. Dort, wo private Eigentümer bei Nachrüstung
63 und Neubau eigenverantwortlich tätig werden können,
64 funktioniert die auf Freiwilligkeit basierende Verbesse-
65 rung der Sicherheit auch in vielen Fällen. Wo sich aber
66 Investoren und Bauträger für den Ausbaustandard ver-
67 antwortlich zeichnen, sieht es nach Auskunft von Exper-
68 ten leider meist anders aus: Zwar werden Sicherheits-
69 aspekte inzwischen als Marketingargument genutzt, je-
70 doch entsprechen die verwendeten Bauteile (z.B. Ein-
71 bruchschutz von Fenstern) meist kaum den wirksamen
72 Sicherheitsstandards. Die meisten Käufer verfügen zu-
73 dem auch nicht über die Fachkenntnis, Qualität und
74 Wirksamkeit angemessen überprüfen zu können.

75

76 Des Weiteren sind aufgrund der tendenziell sinkenden
77 Fallzahlen im Allgemeinen und des corona-bedingten
78 Absinkens im Besonderen Personalkürzungen im Be-
79 reich der Kriminalprävention schon heute absehbar.

80

81 Während man in der Vergangenheit zahlreiche wichtige
82 Belange - z.B. Umwelt-/Artenschutz, Berücksichtigung
83 von Menschen mit Behinderungen, Schaffung von PKW
84 -und Fahrradstellplätzen - als (bau)genehmigungsrele-
85 vante Vorgaben in die Landesbauordnung u.a. Gesetze
86 aufgenommen hat, wurde bei der baulichen Kriminal-
87 prävention allein auf Beratung und freiwilliges Engage-
88 ment gesetzt. Nach Meinung vieler Experten reicht dies
89 jedoch längst nicht mehr aus, so dass es vielmehr eines
90 verbindlichen Rechtsrahmens für kriminalpräventive In-
91 terventionen und baurechtlicher Standards bedarf, die
92 durch den Gesetzgeber zu schaffen wären. Hier kann der
93 Forderung nach mehr Sicherheit ganz konkret und ohne
94 Kosten für die öffentliche Hand Rechnung getragen wer-
95 den.

96

97 Gewiss würde Bauen auch hierdurch weiter verteuert,
98 doch können die damit verbundenen Aufwendungen im
99 Vergleich zu den bereits bestehenden Vorgaben und im
100 Kontext eines baulichen Gesamtvolumens zweifellos als

101 marginal bezeichnet werden. Als unstrittig dürfen zu-
102 dem die positiven Effekte in Bezug auf das Sicherheits-
103 empfinden der Menschen und der volkswirtschaftliche
104 Nutzen gelten.